Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie

Kontaktadresse:

c/o Die Grille

Webereistr. 25

33607 Bielefeld

An

- **Jugendhilfeausschuss**
- **Sozial- und Gesundheitsausschuss**

Bielefeld, 28.5.2013

Stellungnahme zu den geplanten Kürzungen im Budget der Leistungsverträge im Angebot der Erziehungs- und Familienberatungsstellen

Der Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie hat zum Ziel, Fraueninteressen in der psychosozialen/ sozialpsychiatrischen Versorgung und Planung in Bielefeld zu vertreten. Hierzu gehören auch der fachliche Austausch im Sinne einer themenbezogenen Professionalisierung und Sensibilisierung der eigenen Arbeit, die Kooperation und Vernetzung, Schutz und Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Die Kürzungen der kommunalen Mittel um 150 000 € bei den Erziehungs- und Familienberatungsstellen (Arbeiterwohlfahrt ca. 62 000 €, Diakonie für Bielefeld 56 000 €, Gesellschaft für Sozialarbeit 32 000 €) sind aus Sicht des Arbeitskreises Frauen und Psychiatrie nicht hinnehmbar!

Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind wichtige Kooperationspartner der im Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie vertretenen ambulanten und stationären Einrichtungen.

An der Schnittstelle zwischen der ambulanten Versorgung und der Psychiatrie leisten sie unverzichtbare Arbeit bei der Unterstützung von Frauen, die aufgrund psychischer Krisen dringend kurzfristige und niedrigschwellige Hilfe benötigen: präventiv durch Krisenintervention und in der Nachsorge nach Erkrankungen.

Besonders Familien in schwierigen sozialen, finanziellen und gesundheitlichen Verhältnissen brauchen die für sie gut erreichbaren Erziehungs- und Familienberatungsstellen, wenn sie Probleme mit sich, ihrer Partnerschaft und den Kindern haben. Dies betrifft speziell auch Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen verhindern damit für die Kommune und die Gesellschaft nicht nur eine mögliche Psychiatrisierung dieser Kinder, Jugendlichen, Frauen und Männer, sondern auch Folgekosten durch die Vermeidung weiterer, kostenintensiverer Hilfen.

Sollten die geplanten Kürzungen umgesetzt werden, müssten viele präventive Angebote wegfallen. Ratsuchende – nach Schätzungen betrifft es etwa 400 Menschen mit den dazu gehörigen Familien – würden kein Beratungsangebot erhalten können.

Die Kooperation und fachliche Arbeit für Familien würde deutlich beeinträchtigt werden. Die Krisen bei Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern würden sich häufiger zuspitzen und sich chronifizieren, ihre sozialen Lebensbedingungen würden sich eher verschlechtern, da der gezielte Zugang zum Hilfesystem und Diagnosestellungen verzögert oder verhindert würde.

Familien mit psychisch kranken Müttern hätten häufiger Schwierigkeiten, fachliche Hilfen zu erhalten; die Beziehung zu ihren Kindern würde darunter leiden, der Einsatz des Jugendamtes wäre seltener vermeidbar.

Wir, der Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie, fordern die PolItk auf, die Kürzungsabsichten zurückzunehmen!

Stellvertretend für den Arbeitskreis als KoordinatorInnen:

Kerstin Winkhöck

Corinna